

Volkswacht

für Schlesien und Posen.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Die „Volkswacht“
 erscheint wöchentlich mal, Sonntags
 abends mit der „Volkswacht“-Beilage
 „Wort und Bild“ und ist durch die
 Organisations- und Gruppenarbeit
 und durch Anträge zu beziehen.
 Preis pro Woche 50 Pf.
 „ für 3 Monate 1.45 „
 „ für 6 Monate 2.85 „
 Durch die Post bezogen 3.25 „
 Preis im Land 2.87 „
 wo keine Post am Orte 2.89 „

Einzelnen Preis beträgt für die
 einjährige Abonnement oder deren
 Raum für Breslau und Schlesien
 70 Pf., außerhalb 80 Pf.
 Doppelhefte unter Text 1.80 „
 Einzelhefte 1.00 „
 u. Veranlassung 2-4-zeilen 35 Pf.
 Familien- Nachfragen 20 Pf.
 Abzugeben für die nächste Nummer
 mittl. 6. vorm. 11 Uhr (1 Tag vorher)
 in der Fernb. abgegeben werden.

Fernsprecher:
 Geschäftsstelle Nr. 1206.
 Postfach-Rositz Breslau Nr. 5252.

Fernsprecher:
 Redaktion Nr. 311.
 Postfach-Rositz Breslau Nr. 5252

Nr. 191.

Breslau, Dienstag, den 26 August 1919.

30. Jahrgang

Rückkehr zur Vernunft.

Zur Demokratie!

In Berlin haben am letzten Donnerstag
 sechzehn sozialdemokratische Massenversammlungen
 stattgefunden, in denen die Redner
 über den Zusammenbruch der Rätediktatur
 sprachen. Die Versammlungen verliefen bei
 lebhafter Diskussion ungestört, und überall
 wurden einstimmig oder fast einstimmig Reso-
 lutionen angenommen, in denen die Forderung
 der sozialistischen Arbeiterschaft zu den Ideen
 der Demokratie betont wird. Daß solche Ver-
 sammlungen auf dem heißen Berliner Boden
 stattfinden konnten und daß sie so verlaufen
 konnten, zeigt eine beginnende Wendung an,
 die sich nicht in Berlin allein bemerkbar macht.
 Der Sturz der ungarischen Rätherrschaft, das
 Ausbleiben der bolschewistischen Weltrevolu-
 tion im Westen und das langsame Durch-
 dringen wahrheitsgemäßer Berichte aus Ruß-
 land hat auf breite Kreise der Arbeiterschaft
 ernüchternd gewirkt. Sie sehen, daß man sich
 auf kommunistisch-unabhängige Prophezeiungen
 über die Weltrevolution ebenso wenig ver-
 lassen kann, wie einst auf die alldeutschen Pro-
 phezeiungen über den U-Bootskrieg. Der
 Glaube an ein Allheilmittel, das allen Räten
 ein Ende macht, sieht den Menschen tief im
 Blut und macht sich am stärksten bemerkbar,
 wenn die Not am größten und damit „Gott“,
 das heißt die Hoffnung auf ein Wunder, am
 nächsten ist. Dieser Glaube schlägt aber in die
 fürchterliche Enttäuschung um, wenn sich das
 Wundermittel nicht bewährt, und er ermüdet
 leicht, wenn die Anwendung zu lange auf sich
 warten läßt. Das Auf und Ab der Stim-
 mungen bereitet dann gar leicht den Boden
 für die Reaktion. Die sozialdemokratische
 Partei aber will die Massen lehren zu arbei-
 ten und nicht zu verzweifeln. Zu arbeiten
 mit den erprobten und bewährten Mitteln, die
 die Arbeiter in ihrem Klassenkampf noch
 immer vorwärtsgebracht haben, und an kein
 Wunder zu glauben.

Das wichtigste Mittel des proletarischen
 Klassenkampfes ist aber der politische Kampf
 auf dem Boden der Demokratie. Die Sozial-
 demokraten haben richtiger als die Unabhän-
 gigen ihre Zeit begriffen, indem sie erkannten,
 daß sich der demokratische Staat als Entwic-
 lungsstufe nicht überspringen läßt. Kindisch
 ist natürlich das Geschrei, nur die Bosheit und
 der „Verrat“ der Sozialdemokraten habe be-
 wirkt, daß wir in Deutschland „die formale
 Demokratie“ statt der gepriesenen Räte-
 diktatur besäßen. Wer auch nur eine Ahnung
 von den Lehren des Marxismus besitzt, der
 weiß, daß Fragen von solcher Entscheidungs-
 grösse nicht willkürlich nach dem Willen ein-
 zelner gelöst werden können. Die Dinge er-
 klären sich viel einfacher so, daß die Rätedik-
 tatur nur in den Köpfen einiger Phantasten
 besteht, aber nirgends in der Wirklichkeit, am
 allerwenigsten in Rußland. Denn dort sind
 die Räte ein ganz kümmerliches, ohnmächtiges
 Gebilde, viel schwächer als es die Betriebs-
 räte nach der deutschen Regierungsvorlage
 sein sollen, und der Wille einiger bolschewisti-
 scher Parteiführer regiert vollkommen za-
 ristisch, absolutistisch. Ist aber die Rätedik-
 tatur weiter nichts als eine Luftspiegelung, so
 gibt es nur eine Staatsform, in der die Ar-
 beiterklasse den Weg zu ihrer politischen Macht
 finden kann, und das ist die Staatsform
 der Demokratie.

In diesem Sinne besteht für die Arbeiter-
 klasse Deutschlands und der übrigen Welt ein
 Zwang zur Demokratie. Was sie aber zur
 Demokratie zwingt, das ist nicht, wie die Un-
 abhängigen glauben machen wollen, die ver-
 ruchtete Bosheit einiger Führer, sondern es ist
 die Macht der Tatsachen selbst.

Richtige Politik kann nur der treiben, der
 die Gesetze der Entwicklung richtig erkennt,
 und die Unabhängigen müssen mit jedem
 Tage mehr einsehen, daß sie sich auf dem Sola-
 weg befinden. Eine unaechte Vernunft

ist in ihren Reihen eingerissen, die man durch
 das wüsternde Geschrei gegen die Sozialdemo-
 kratie vergeblich zu verhüllen bemüht ist. Die
 Unabhängigen fühlen sich mit jedem Tage we-
 niger wohl in der Gesellschaft der Kommuni-
 stinnen, deren Weg immer deutlicher nicht zu
 den Höhen der Macht, sondern in die dunklen
 Tiefen des Verbrechertums hinweist. Auch
 das ist ein unentzerrbar folgerichtiger Gang
 der Entwicklung, obwohl es im Spartakus-
 lager nicht wenige gläubige Idealisten gibt.
 Es ist eben die vollkommen verfehlte und hoff-
 nungslos verführte Politik, die in den blu-
 tigen Sumpf hineinführt.

Auch im Lager der Sozialdemokratie hat
 es manche Schwankende gegeben, und
 manche sind in das Lager der Unabhängigen
 abgewandert. Das wollen wir uns keineswegs
 verhehlen. Jetzt zeigt es sich mit jedem Tag
 mehr, wie verfehlt es wäre, den wechselnden
 Stimmungen noch unausgesprochener Massen
 Opfer der Ueberzeugung zu bringen. Es bleibt
 die richtige Politik, den Massen unerschrocken
 zu sagen, was man als Wahrheit erkannt hat,
 und dem entsprechend zu handeln. Dann wird,
 trotz aller Entwicklungskurven, die in so für-
 cchterlicher Zeit unvermeidlich sind, unser Weg
 schließlich doch immer wieder aufwärts gehen.

Österreich brugt sich.

Wien, 25. August. Die „Neue Freie Presse“
 veröffentlicht Äußerungen von authentischer Quelle
 über die Neuorientierung in der Außenpolitik
 des Staatskanzlers Renner. Es heißt darin:

Staatskanzler Renner hat die Annäherung
 an die Westmächte vorzuziehen und
 unser Schicksal in ihre Hand gelegt.
 Von der Entente und dem Völkerbund wird es
 abhängen, ob Deutschland in Ruhe sein wird,
 die ihm im Friedensvertrag als Bedingung auf-
 gelegte staatsrechtliche und wirtschaftliche Unabhän-
 gigkeit aufrechtzuerhalten, ja überhaupt als Staat
 fortzuerhalten.

Der Staatskanzler hat in der gleichen Äuße-
 rung, mit der er die Völkervereinigung als den
 richtunggebenden Gedanken unserer künftigen aus-
 wärtigen Politik begründete, deutlich ausgesprochen,
 daß Deutschland keine Aushauspolitik zu
 treiben habe. Das Verhalten unserer
 Nachbarn, die sich zur Stunde wieder als unsere
 Widersacher erweisen, liefert für diesen Standpunkt
 Renners eine hinreichende Begründung. Renner
 hat aber für diesen Standpunkt auch noch einen
 anderen einleuchtenden Grund angegeben. Deutsch-
 land muß trachten, von allen Verwicklungen
 des neuen Balkans, der seine Grenzen weit nach
 Mitteleuropa vorgeschoben hat, sich freizuhalten.
 Mit einem Wort: unsere künftige Politik ist
 geleitet vom Vertrauen auf den Völkerver-
 bündnis, der die moralische Verpflichtung hat,
 unserem Volke das Leben in erteilenden.

Schweren Herzens haben wir den Entschluß gefaßt haben, auf Angliederung an
 Deutschland zu verzichten. Nicht sein freier Wille,
 nicht der des österreichischen Volkes ist die Ursache vom
 großdeutschen Gedanken, die Bajonette der Entente
 haben sie erzwungen.

Trotzdem aber sind und bleiben die Österrei-
 cher unsere Brüder sie sprechen deutsch, sind deutsch
 und bleiben deutsch — trotz Versailles! Und einst wird
 der Tag kommen, da sich Deutschland und Deutsch-
 land die Hände reichen, der Tag, an dem das wider-
 natürliche Weltgebäude der Baumeister von Ver-
 sailles zusammenbricht wie ein Kartenhaus.

Die Fürsten Klagen!

Breslau, 26. August. Der frühere Herzog Karl
 Eduard von Koburg und Gotha strengte bei
 dem Gothaer Landgericht eine Klage gegen den
 Volksstaat Gotha auf Herausgabe seines durch Ver-
 schleich beschlagnahmten Vermögens an.
 Der Herzog hatte seinerzeit eine Abfindung in
 Höhe von 15 Millionen Mark abgelehnt. Darauf
 hatte der Landtag die Beschlagnahme des gesamten
 herzoglichen Vermögens des ehemalsigen Herzogs
 beschlossen.

Auch der Fürst von Waldenburg hat die Ver-
 gütlichkeitsverträge der Landesvertretung
 abgelehnt und in der Frage der Abfindung für Do-
 manen, Waldungen und Schlösser die gerichtliche
 Klage angestrengt.

Essentia lassen sich die Volkswirtschaften
 dieser Staaten dadurch nicht imponieren, sondern
 behalten als Staatsbesitz, was die Herrschenden
 als Privatbesitz an sich zu ziehen möchten.

Um unsere Gefangenen.

Trotz der entschiedenen Erklärung, die der
 Reichsminister des Inneren vor einiger Zeit
 in der Gefangenfrage in der Nationalver-
 sammlung abgab, hört die Hege gegen die P-
 gierung nicht auf. Immer wieder wird ja-
 matisch die Behauptung aufgestellt, sie tue ab-
 solut nichts zur Befreiung unserer unglück-
 lichen Landsleute in den Gefangenlagern
 unserer Feinde. Alle Augenblicke werden an-
 gebliche Gefangenbriefe veröffentlicht, in
 denen die Gefangenen laute Klagen und Vor-
 würfe gegen die Regierung erheben. In einer
 seiner letzten Nummern veröffentlicht der
 Berliner „Lokal-Anzeiger“ und nach ihm auch
 die „Tagespost“ wieder eine ganze Reihe Aus-
 züge aus solchen Briefen. Angesichts dieser
 Hege kann nicht oft genug darauf hingewiesen
 werden, daß der Regierung alle Machtmittel,
 die eventuell zur Befreiung unserer Gefan-
 genen in Anwendung kommen könnten, fehlen.
 Außerdem ist die Entente formell leider in
 ihrem Recht, denn der Friedensvertrag be-
 stimmt, daß die Gefangenen sofort nach In-
 krafttreten des Vertrages heimgeschickt werden
 soll. Friedensvertrag tritt aber erst
 dann in Kraft, wenn er von drei Entente-
 staaten ratifiziert worden ist.

Jeder weiß, daß die Regierung alles tut
 und auch in Zukunft alles tun wird, was in
 ihren Kräften steht, um endlich unsere un-
 glücklichen Landsleute in die Heimat zurück-
 kehren zu lassen.

Heimkehr aus England.

Homburg a. d. Höhe, 25. August. Vom
 Stabe der Gruppe Rhein wird über die Rück-
 führung der in England befindlichen deutschen
 Kriegsgefangenen gemeldet: Nach Mitteilungen
 des englischen Armeekommandos an den
 deutschen Generalstaboffizier des Brückenkopfes
 Köln wird die Rückführung der deutschen in eng-
 lischen Händen befindlichen Kriegsgefangenen
 voraussichtlich um den 30. August beginnen.
 Bei der Abnahmekommission Köln-Deuz würde
 etwa alle zwei Tage ein Bahntransport
 von 2000 Kriegsgefangenen ein-
 treffen. Es ist beabsichtigt, die Lage abwechselnd
 den Durchgangslagern Sieben und Resche zu-
 zuleiten.

Frankreichs Widerspruch.

Berlin, 25. August. In einer Besprechung
 des Obersten Rates über die Kriegsgefangenen-
 frage plädierte Balfour für die endliche
 Heimführung der deutschen Kriegsgefan-
 genen, deren Unterhalt der Entente unendlich viel
 Geld koste. Clemenceau kränkte sich
 jedoch mit großer Entschiedenheit gegen diesen
 Vorschlag mit der Begründung, daß Frankreich
 ein großes Interesse an der Zurückhaltung
 der Massen der Kriegsgefangenen habe, da sie
 zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete dringend
 erforderlich wären.

Heimkehr aus Sibirien.

Frankfurt a. M., 24. August. In einer Ver-
 sammlung sagte Herr v. Lersner, daß im Sep-
 tember acht Schiffe, mit russischen Gefan-
 genen nach Sibirien fahren sollen. Für
 diese sollen deutsche Gefangene aus Sibirien zurück-
 geführt werden, die dann im Februar 1920
 hier sein können. Auch plant die Regierung die
 Charterung von Schiffen in Asien, um weitere
 deutsche Gefangene zurückzuführen.

Polen und Ukrainer.

Der „Gazeta Warszawa“ zufolge wurde ein
 Vertrag zwischen Posen und Polen auf folgen-
 der Grundlage abgeschlossen:

Die Regierung Posen erklärt ihre grund-
 sätzliche Enthaltenspolitik in Ostgalizien. Polen
 und Ukrainer verpflichten sich, mit bereiteten
 Kräften gegen den Bolschewismus zu kämpfen.
 Die polnische Regierung verpflichtet sich,
 daß sie ohne die Einwilligung Posen's das
 von jenem Militär besetzte Gebiet nicht abgibt.
 Die Bedeutung dieses Abkommens liegt
 darin, daß beide Staaten ihre militärischen Kräfte
 gegen Sowjetrußland freisetzen können.

Die Lage in Oberschlesien.

Geplänkel an der Grenze.

Gleitwitz, 25. August. In den frühen Morgen-
 runden des 25. August stießen polnische Banden,
 die nach den vorliegenden Meldungen anscheinend
 von regulären Truppen begleitet wurden, über
 Brinzig bis nach Gzorzynberg vor. Die Feld-
 wache in Brinzig wurde überwältigt. Eigene Ver-
 luste: 2 Tote, 1 Schwerverwundeter, 1 Offizier
 und 3 Mann wurden gefangen genommen. Der
 Angriff auf Gzorzynberg wurde blutig ab-
 gewiesen. Der Gegner büßte 6 Tote und 3 Ge-
 fangene ein; deutschseits 1 Toter. Brinzig ist
 noch von den Polen besetzt. Ein Gegenunter-
 nehmen ist bereits im Gange. Keine weiteren
 Ereignisse von Bedeutung.

32. Reichswehrbrigade.

Breslau, 25. August. Polnische Banden, von
 polnischen Offizieren geführt, haben bei Neu-
 bed eine Feldwache von uns überfallen. —
 Tschechische Patrouillen haben die deutsche
 Grenze zwischen Gudmaniet und Ziegenhals
 überschritten.

Die Arbeit aufgenommen.

Reuthen OS., 25. August. Der Streik ist
 im allgemeinen dem Ende nahe, besonders in
 den Hütten. In den Gruben sind heute morgen
 fast sämtliche Bergleute und Arbeiter
 angefahren. Mit der Verladung von Kohlen
 wurde heute an allen Halben begonnen.

Kattowitz, 25. August. Die Pressefelle
 des Staatskommissariats schreibt: Das Ryb-
 niker Revier arbeitet voll, das Biesler Revier
 zu 60 Prozent, das Zentral-Revier zu 80
 Prozent. Im Zentral-Revier ist die Arbeits-
 aufnahme eine ziemlich durchgreifende, bis auf
 die Antonienhüttengrube, wo die Quote der
 Arbeitenden sich auf etwa nur 20 Prozent stellt.

Keine Festsetzung Amerikas.

Berlin, 24. August. Einem Berichterstatter
 des „Lokal-Anzeiger“ erklärte Kapitän Statler,
 Chef der amerikanischen Lebensmittellieferung
 und Mitglied der allierten Verbandskommission
 in Oberschlesien: Die westbreiteste Ansicht,
 Amerika wolle sich in Oberschlesien festsetzen
 und die Kohlenfelder aufkaufen, sei eine
 Unstimmigkeit. Er habe 20 Waggons Stroh für
 Kinder und leidende Frauen zur Hand. Die
 deutsche Regierung kenne hierzu 1/3 des Ein-
 preisbes bei. Die Unterernährung der Kinder sei
 zum Teil erschreckend.

Bericht vor der Ententekommission.

Breslau, 25. August. Der Pressebienst des
 Oberpräsidenten der Provinz Schlesien teilt mit:
 Im Breslauer Landeshaus fand am Montag
 mittags eine informativ Besprechung der zum
 Reichs- und Staatskommissar Hörsing entsandten
 Entente-Militär-Kommission mit den Vor-
 ständen der schlesischen provinziellen Behörden
 statt, zu der Vertreter der ober-schlesischen Be-
 hörden und der Industrie sowie die Führer sämtlicher
 ober-schlesischer Gewerkschaften geladen waren.
 Oberpräsident Philipp begrüßte die unter
 Führung des englischen Oberleutnants Tib-
 burt stehende Kommission; er sprach die Hoff-
 nung aus, daß ihre Informationsreise durch das
 Aufstrebende Gebiet dazu führen werde, die Entente
 von der Haltlosigkeit der von polnischer Seite
 gegen die deutsche Regierung und das deutsche
 Militär erhobenen Anschuldigungen zu über-
 zeugen und die wahren Verhältnisse der bebau-
 erlichen Vorgänge in Oberschlesien festzustellen.
 Er bedauerte, daß trotz seiner Aufforderung an
 Korfanth ihm die Adressen polnischer Ver-
 trauensleute zur Teilnahme an dieser Sitzung
 nicht angegeben worden seien.

Zunächst entwarf der Reichs- und Staats-
 kommissar in längerer Rede ein Bild von den
 politischen Verhältnissen in Oberschlesien und
 ihrer Entwicklung seit den ersten Monaten des
 laufenden Jahres. Er wies an der Hand amt-
 lichen Materials den inneren Zusammenhang
 der spartakistischen und national-polnischen
 Bewegung nach, schilderte das Zusammenarbeiten
 beider Organisationen und ihr Verschreiben, die
 ober-schlesische Arbeiterschaft durch maßlose Ver-
 heerung ihrer politischen Zweckdienlichkeit zu machen
 Generaladjutant Major Geyerberg er-
 örterte die militärische Lage und betonte die
 Mitwirkung regulärer polnischer Truppen an
 der Aufstrebende Bewegung. Der Kommissar der
 Militärpolizei, Dr. Hornig, stellte Material zur
 Verfügung, aus dem die gesamte Arbeit der
 großpolnischen Bewegung und die umfangreiche
 Vorbereitung des Aufstandes durch die Polen
 klar hervorgeht. Die Anschuldigungen der schlesischen
 Stellen wurden durch die weiteren Reden
 der ober-schlesischen Arbeitgeber und Arbeiterunter-
 schaft im einzelnen vollständig bestätigt.
 Oberleutnant Tibburt dankte namens der
 Ententekommission für die eingehenden Aus-
 sagen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 26. August.

Weitere Erleichterungen.

Wie das Presseamt des Magistrats mitteilt, kamen infolge Besserung der Lage in Ober-Schlesien weitere Erleichterungen in der Strom- und Gasabgabe ein. Von heute, Dienstag, ab verkehrt die Straßenbahn wieder bis 9 Uhr abends, die Polizeistunde wird auf 10 Uhr abends festgesetzt, wobei den Gastwirtschaften, Vergnügungsgärten usw. die allgrößte Sparlichkeit angesetzt wird.

Die Gasperrkunden bestehen von morgen Mittwoch nur noch von 7 1/2 Uhr bis 11 1/2 Uhr vormittags und von 2 1/2 Uhr bis 6 1/2 Uhr nachmittags.

Die Kohlentatastrophe.

Die kurze Ferienpause des Stadtparlaments hat noch ein vorzeitiges Ende erreicht. Für gestern, Montag, war eine außerordentliche Stadtverordneten-Sitzung deshalb einberufen, um die Neuwahl der unbesetzten Stadträte, die eigentlich bis zum 31. August hätte vollzogen sein müssen, auf einen späteren Termin zu versetzen. Die Parteien sind mit den Vorarbeiten dazu noch nicht fertig. Deshalb wurde ein dahingehender Antrag, die Wahlen der unbesetzten Stadträte bis spätestens 31. Oktober vorzunehmen, einstimmig angenommen.

Die günstige Gelegenheit der außerordentlichen Zusammenkunft unserer Stadtverordneten gaben auch Gelegenheit, die neuen Einschränkungen der Bürgerschaft beim Verbrauch von Gas und elektrischem Strom zu besprechen. Stadtbürgermeister Wöhlauer (Demokr.) richtete im Auftrag von 16 anderen Stadtverordneten an den Magistrat das Ersuchen, über den Stand unserer jetzigen Kohlenversorgung

ungeläuterte und rechtliche Aufklärung zu geben. Die Schuld an dem jetzigen Tiefstand unserer Kohlenbestandes mißt er nicht allein dem ober-schlesischen Streik, sondern in der Hauptsache auch dem Reichskohlenkommissar bei, mit welchem in dieser Angelegenheit eindringlich und mit deutscher Sprache deshalb verhandelt werden muß.

Oberbürgermeister Dr. Wagner: Die Kohlennot war zu erwarten. Ich erinnere an die Verichterstattung vom 7. Juli über die Verhandlung mit dem Reichskohlenkommissar. Er versprach damals, dafür zu sorgen, daß wenigstens unsere Betriebswerke auf 5 Tage mit Kohlen versorgt werden sollten. Diese Zusage ist aber nicht gehalten worden. Der Reichskohlenkommissar ist der Ansicht, daß Breslau infolge seiner günstigen Lage keine Verabbarung nötig hat und deshalb war

auch die Katastrophe schon

na, als der ober-schlesische Streik ausbrach. Des Magistrats Bemühungen, das Schwere zu verhüten, waren umsonst. Als der Streik zur Tatsache geworden war, mußten sofort, am 12. August, die erweiterten Gasperrkunden eingeleitet werden und am 18. August schon war das Werk am Ende seiner Leistungsfähigkeit. Direktor Baumann sah sich deshalb genötigt, einen der auf der Ober liegenden Kohlenfahne zu beschlagnehmen und der Magistrat bedachte sein Vorgehen. Dieser Akt der Selbsthilfe machte es möglich, daß wir die Gaswerke vor dem Stilllegen bewahrten. Von allen diesen Dingen hat der Reichskohlenkommissar gewußt, und nichts getan, als lediglich am Sonnabend 4 Fahnen freizugeben. Auf eine telegraphische Anfrage beim Reichskohlenkommissar, weshalb unsere Stadt so schlecht beliefert würde, bekam der Magistrat zur Antwort, daß sich die Stadt vergangen habe, und daß der Reichskohlenkommissar deshalb genötigt sei, zur Strafe die Sperrung der Hausbrandlieferung auszusetzen. Hätte die Stadt nicht die Fahnen entlassen, so fuhr der Oberbürgermeister fort, dann wäre die Katastrophe unvermeidlich gewesen. Die Spannung zwischen dem Tage der Arbeitsaufnahme und dem Eintreffen der ersten Kohlenzüge in Breslau beträgt, nach den Aussagen aller Sachverständigen, sieben Tage. Und in dieser Zeit hätten die schlesischen Betriebe stillstehen müssen, wenn die Stadt nicht zur Selbsthilfe gegriffen hätte. Weiter hat sich der Magistrat auch mit dem General-Kommando in Verbindung gesetzt und erreicht, daß der Stadt aus den verkommenen Röhren pro Tag 600 Zentner geliefert werden. Inzwischen haben im ober-schlesischen Zentralrevier 60-80 Prozent der Arbeiter wieder die Arbeit aufgenommen und die Kohlenausfuhr gestaut. So wird es möglich sein, baldigst wieder mit der Bahn Kohle zu erhalten. Wir können aber den ober-schlesischen Bergarbeitern den Vorwurf nicht erparen,

das größte Elend heraufbeschworen

zu haben. Der außergewöhnlich niedrige Stand unserer Kohlenvorräte zwang den Magistrat zu außerordentlichen Maßnahmen beim Besuche von Strom und Licht. Die frühe Polizeistunde und die allmähliche nur einseitige Stromsperrung machte es notwendig, auch das Verbot der Erleuchtung im Gastwirtschaften war erforderlich, da der Magistrat bedacht sein muß, die vorhandenen kleinen Bestände an Erleuchtung für den Winter bereit zu halten. Die Stilllegung der Straßenbahn kostet der Stadt täglich 60000 Mark.

Für Breslau ist es ein Unglück, daß es beim Bezüge von Kohle nur ausschließlich auf Ober-Schlesien angewiesen ist. Wir haben deshalb versucht, von anderen Revieren Kohlen zu erhalten. Es ist gelungen, mit den Waldenburger Bergarbeitern einen Vertrag zu schließen, nach dem uns gegen Abgabe von Lebensmitteln Kohle durch Ueberbrachten gefördert werden soll. Weiter hat der Magistrat mit dem Elektrizitätswerk „Schlesien“ einen Vertrag betr. Stromlieferung abgeschlossen. Der Bezug von Strom von diesem Werk geht aber nicht so rasch, da der diesseitige 10 000 Volt starke Strom auf 5000 Volt umgeformt werden muß. Die hierzu notwendigen maschinellen Einrichtungen müssen erst beschafft werden.

Eine weitere Erleichterung in der Kohlenfrage bildet auch die

Freigabe des Wasserweges

für den Kohlentransport. Der Oberbürgermeister nimmt hierbei auch Gelegenheit, auf die von einzelnen Tageszeitungen gebrachte Mitteilung, wonach die eigentliche Ursache der Stromlähmung in der schlechten Beschaffenheit der Kesselanlage im städtischen Elektrizitätswerk zu suchen ist, eingegangen und stellt fest, daß dies nicht der Fall ist, auf Grund seiner Informationen. Die Kriegszeit hat es verursacht, daß sich die Kessel mit Kesselstein vollstreckten. Der Magistrat hat bereits seit einiger Zeit an der Beseitigung dieses Uebelstandes mit Hochdruck arbeiten lassen. Bis jetzt sind von 22 Kesseln des Werkes 12 erneuert, die auch genügen, für die Stromlieferung der Stadt zu sorgen. Im Interesse der Wahrheit verspricht der Oberbürgermeister eine rücksichtslose Untersuchung dieses Falles. Er bedauert auch, daß Presseamts-Nachrichten des Magistrats von einzelnen hiesigen Zeitungen als nicht glaubhaft hinstellt werden. Er erwähnt hierbei die „Freie Meinung“, den „General-Anzeiger“ und die „Schlesische Tagespost“.

Der Oberbürgermeister hat die Färgerschaft, bei Austragung der Streitfälle mit dem Reichskohlenkommissar sich geschlossen hinter Magistrat und Oberbürgermeister zu stellen. (Bravo! und Handklatzchen.)

Die Kusprache.

Stadtb. Zimmer (Soz.): Schon oft sind hier in diesem Hause in der Kohlenfrage starke Töne geredet worden. Eine kurze Zeit ging es, dann trat immer wieder eine Stodung ein. Die Strafandrohungen des Reichskohlenkommissars erwirken eines Beschlusses. Dieser darf auf keinen Fall eine halbe Million Menschen bestrafen, wenn sich der Magistrat durch die große Not veranlaßt sah, sich Eingriffe in dessen Rechte zu gestatten. Genosse Zimmer bedauerte das Nichttun der Nationalversammlung, da dies die beste Gelegenheit wäre, mit dem Reichskohlenkommissar ein ernstes Wort zu reden. Dem Oberbürgermeister aber kann für sein Handeln nur der allerwärmste Dank ausgesprochen werden. Wäre die alte Forderung der sozialdemokratischen Partei, ein Wasserkräftewerk zu errichten, erfüllt worden, würden wir mit unserer Stromversorgung jetzt wesentlich besser stehen. Im übrigen begrüßt Genosse Zimmer die Unterbindung der Kesselangelegenheit, bittet den Magistrat, die Wasserkräftevergütung zu fördern und eine aus Vertretern der Bürgerschaft zusammengesetzte Kommission zum Reichskohlenkommissar zu senden. Die eigentlichen Streitursachen sind in der Vorrede zu suchen. Wären die Bergarbeiter nicht früher wie Sklaven behandelt worden, würden sie jetzt nicht über die Strippe schlagen.

Genosse Bräuniger berichtet über die letzten Kommissionsverhandlungen mit dem Reichskohlenkommissar.

Stadtb. Schade (Zentr.) empfiehlt die Herstellung von Strom in den Obermäulen und stellt fest, daß dadurch 60 Prozent der Kohlenverbrauchsmenge gespart werden würden.

Stadtb. Thum (kon.) spricht dem Oberbürgermeister und dem Magistrat seinen Dank bei der Kohlenbeschaffung aus und stellt fest, daß sich die sozialdemokratischen Stadtverordneten früherer Zeiten für das Wasserkräftewerk ablehnend verhalten haben.

Stadtb. Wöhlauer (lib.) hofft, daß durch die Mitteilungen des Oberbürgermeisters die Bürgerschaft beruhigt werde. Früher lag keine Veranlassung zu anderweitiger Strombeschaffung vor. Die Obermäulen für die Stromerzeugung auszunutzen, habe der Stromausfluß verweigert.

Stadtb. Friedrich (kon.) bekämpft die Ausführungen des Oberbürgermeisters über die Kesselanlagen beim Elektrizitätswerk. Stadtbaurat Witz: Daß das Projekt des Wasserkräftewerkes bisher nicht zur Ausführung gekommen ist, liegt nicht an uns, sondern an der Strombauverwaltung. Hoffe aber, daß die Genehmigung in nächster Monat eingehe.

Stadtb. Zimmer (Soz.) stellt fest, daß die Sozialdemokratie von Anfang an dem unglücklichen Ausgang des Krieges nicht gewillt hat. (Dr. Goehlich: Psst!) Es ist ein Skandal, daß solche Zwischenrufe erfolgen. Die Behauptung der Breslauer rechtsstehenden Zeitungen, daß die jetzige Mehrheit des Stadtparlaments an der Nichtanerkennung der Wasserkräft Schuld sei unrichtig.

Stadtb. Dr. Goehlich (deutschnational) erhält vom Stadtverordnetenvorsteher einen Bericht wegen seines Zwischenrufes.

Stadtb. Thum behauptet, nicht zu wissen, daß die „Schlesische Tagespost“ eine rechtsstehende Zeitung ist.

1 weitere Million für Notwohnungen

Bewilligte die Stadtverordneten-Versammlung gestern ohne jede Debatte. Von dieser Summe sollen möglichst viel Not- und Dauerwohnungen noch bis zum Winter ausgebaut und die vom Wohnungs-Kommissar beschlagnahmen Räume alsbald wohnlich hergerichtet werden.

Landwirtschaftliche Kleinwohnungen

sollen auf dem städtischen Gute in Wärsendorf errichtet werden. Es sollen dafür 6,1064 Hektar Land vom Gut abgetrennt und dann etwa 710 Klei-

ndmetrier mit fünf Doppelhäusern bebaut werden. Es soll hier eine Art ländliche Musterkolonie für Kriegsbeschädigte, sowie Arbeiter und Handwerker geschaffen werden. Die Kosten des Projekts betragen 220 000 Mark, wovon die Hälfte durch Unkostenzuschüsse von Reich und Staat gedeckt werden. Die Vorlage wurde zur nachmaligen Durchberatung an die Ausschüsse II und IV verwiesen.

Kleine Vorträge.

An den Ausschuss IV verwiesen wurde die Vorlage auf Verkauf von Parzellen des Grundstücks Ohlauer Poststadt Bd. 4, Bl. Nr. 149.

Ohne Aussprache angenommen wurden endlich noch folgende Vorträge: Mehrkosten für die Errichtung des Treppenhauses im Vordermühlengrundstück (10 131 M.), Erhöhung des Abfuhrgebührens für wegfallende freie Stationen zweier Artze am Pflegerhaus in Hernsprisch von 900 auf 1800 M. jährlich, Teilung der Klassen 7 und 8 der Berufsschule.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erwähnte der Vorsteher, Herr Dr. Heilberg, das Ableben des verdienstvollen Stadtrats Julius Müller und widmete dem Verstorbenen warme Worte des Dankes für sein arbeitsreiches Leben. Die Versammlung hörte den Nachruf stehend an.

Die Arbeit der Nationalversammlung.

Kein Miston fiel in unsere gestrige, aberaus stark besuchte Mitgliederversammlung im Schießwerder. Mit erfreulicher Deutlichkeit zeigte sie, wie unerschütterlich fest und vertrauensvoll die Breslauer Arbeiterschaft zu ihrem selbstgewählten Führer steht, der Bericht erstattete von der ungeheuren Arbeitsleistung des ersten Parlaments und Rechenschaft ablegte über seine eigene Tätigkeit in ihm. Vielen sind gestern Dinge und Zusammenhänge nahe gekommen, von denen sie vielleicht noch nichts wußten, die sie kaum ahnten, viele haben einen tiefen Blick in die unendlich feine Maschinerie unseres Staates getan, viele zum ersten Male aber die grenzenlosen Schwierigkeiten erfaßt, unter denen heute die Volkvertretung zu arbeiten gezwungen ist. Alles über rückte menschlich näher, wurde verständlicher, greifbarer deutlich und klar, weil ein Mann berichtete, der aus der Fülle seiner Erlebnisse schöpfte. Nicht mit schmerzlichen Worten, sondern klar und knapp schilderte Genosse Paul Löbe, wie, unter welchen Verhältnissen gearbeitet werden mußte und was geleistet wurde. Die tiefen Fälle der geleisteten Arbeit unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen, der unter bitterstem Zwang geschlossene Frieden, die nach schweren Kämpfen geschaffene Verfassung unserer jungen Republik und zuletzt die finanzielle Not unseres Landes, die unerträglich die Steuerfrage anzuziehen zwingt: das alles wurde zu einem erschütternden Bilde der schweren Gegenwart, der trüben Zukunft und ließ wohl auch nicht einen einzigen der Zuhörer darüber im Zweifel, wo er stehen muß, an wessen Seite er mitzukämpfen hat, um eine glücklichere Zeit in unserem Vaterland.

Nach Eröffnung der Versammlung erstattete zunächst Genosse Hermann den Kasienbericht des ersten Vierteljahres und die Versammlung erteilte ihm Entlastung.

Hierauf erhielt Genosse Löbe das Wort zu seinem Bericht über die

Tätigkeit der Nationalversammlung.

Er erweiterte das Erzeugerwort: „Finanziell ist der Krieg noch nicht zu Ende“ dahin, daß der Krieg bis jetzt überhaupt nur militärisch zu Ende sei, nicht wirtschaftlich, nicht finanziell. Wir werden noch auf Jahre hinaus mit schweren wirtschaftlichen und politischen Erschütterungen in unserem eigenen Lande und in ganz Mitteleuropa zu rechnen haben, die sich zu Katastrophen auswachsen können, die aber zum mindesten bewirkt werden, daß wir zu normaler Lebensweise noch lange nicht zurückkehren können.

Das Haus in Weimar wird von früh bis abend nicht leer von Deputationen, die ihre Forderungen unterbreiten. Von überall ertönt der Ruf, hebt die Kriegsgesellschaften auf, und in demselben Augenblicke, wo wir daran gehen, die ersten Forderungen einzutreten zu lassen, erreicht uns eine Deputation von allein in Berlin über 30 000 Angestellten dieser Kriegsgesellschaften, die fragen: wenn wir die Kriegsgesellschaften auflösen wollen, dann sorgt aber für uns! So folgt eine Deputation der anderen: die der erwerbslos gewordenen Seeleute, der zu entlassenden aktiven und inaktiven Unteroffiziere, die der Arbeiter in Flugzeug- und Waffenfabriken, die der Vertriebenen aus Ost-Lothringen, der Eisenbahner, Postbeamten, Bergarbeiter, der Kriegshinterbliebenen und der Angehörigen der Gefangenen. Alle kommen mit Forderungen, alle wollen Hilfe, Unterstützung: Das ist die äußerliche Situation, unter der die Arbeit des ersten Parlamentes vor sich geht.

Genosse Löbe ging nun in längeren Ausführungen auf die drei Hauptarbeiten des Nationalparlamentes ein: den Abschluß des Friedens, die Verfassung, die Bildung einer Regierung und die Bewilligung und Beschaffung von Mitteln, die es erlauben, die Geschäfte des Staates überhaupt weiterzuführen. Leider fehlt uns hier der Raum, dies interessanter und lehrreichen Schilderungen alle wiederzugeben.

Das Beispiel von dem einst blühenden Garten am Schluß seiner Rede, in dem wir nur adern und arbeiten, aber niemals ernten dürfen, und von dem heute zerstörten, vom Krieg zerstörten Garten, den wir mit der Kraft unserer Arme neu bepflanzen und mit unserem Schwiege bingen müssen, um ihn wieder selbst zu ernten, zeigte wohl jedem im größten Anschaulichkeit, was wir zu tun haben, was nottut. Und Genosse Löbe sagte es auch selbst mit klaren Worten: „Den Sparen in der Spar und den Schweiß in die Furchen!“

Starker Beifall lautete dem Redner für seine Ausführungen.

An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Guntmann, Bräunlich und Winger, die einige Maßnahmen der Regierung, so die hohe Entschädigung der Vereinigungs-Kasse und die Steuerfreiheit der Kirche kritisierten, die jedoch Genosse Löbe sofort aufklären und richtigstellen konnte.

Ein Antrag, der schärfsten Protest erhob gegen die äußerst mangelhafte Kohlenversorgung Breslaus und dringendste schnelle Abhilfe und Beseitigung forderte, wurde einstimmig angenommen.

Ferner wurde die Drucklegung des Vortrags des Genossen Löbe zur Aufklärung aller Genossen, die der Versammlung nicht beigewohnt, gefordert und einer Eingabe an das Justizministerium beigegeben, die ein Notgesetz erbittet, das in schärfster Weise gegen Schieber und Bucherer vorgeht und Bestrafung dieser gewissenlosen Weltausbeuter mit nicht weniger als 5 Jahren Zuchthaus fordert.

Gegen 9 Uhr mußte die Versammlung wegen der Polizeistunde geschlossen werden.

Der Holzarbeiterstreik beendet.

Die hiesige Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes hatte am gestrigen Nachmittage streikenden Kollegen und die noch in den Werbetrieben Beschäftigten nach der „Wilhelmsburg“ eingeladen, um ihnen Bericht über die am 20., 21. und 22. August in Berlin geführten zentralen Verhandlungen zu geben und eventl. Beschlüsse dazu zu fassen.

Die Kollege Dittlich betonte, liegt der Wortlaut des abgeschlossenen Reichstarifs noch nicht vor, aber die wichtigsten Vereinbarungen sind der Ortsverwaltung bereits auf telegraphischem Wege mitgeteilt worden. Danach ist die Arbeitszeit auf 47 Stunden festgelegt worden; vom 15. November ab auf 46 Stunden.

Die Lohnfrage ist so geregelt worden, daß für Facharbeiter auf die bestehenden Stundenlöhne ab 25. August eine Zulage von 25 Pfg. gezahlt wird und ab 15. November weitere 10 Pfg. Für Hilfsarbeiter ab 25. August 20 Pfg. und ab 15. November weitere 10 Pfg., für Arbeiterinnen und Jugendlichen sofort 20 Pfg. und ab 15. November 5 Pfg.

Diese Zulagen schließen in sich die bereits bewilligten 24 Pfg. Der Ausgleich für die Verletzung in die II. Lohnklasse ist darin nicht enthalten; dieser soll ab 15. Februar 1920 erfolgen.

Die Durchschnittslöhne sind für Facharbeiter auf 2,55 Mark festgelegt; für Hilfsarbeiter auf 2,25 Mark; für Arbeiterinnen auf 1,70 Mark und für Hilfsarbeiterinnen auf 1,50 Mark.

Die Mindestlöhne betragen in Zukunft für Facharbeiter 2,25 Mark; für Hilfsarbeiter 1,95 Mark; für Arbeiterinnen 1,40 Mark; für Hilfsarbeiterinnen 1,20 Mark. Jugendliche von 16 bis 18 Jahren erhalten die Stunde 20 Pfg. weniger.

Die Regelung der Ferienfrage ist für dieses Jahr den Ortsparteien überlassen worden. Für Breslau sind die Ferien durch den Streik als verbraucht anzusehen, es sollen aber folgende Feriengelder zur Auszahlung gelangen: nach einmonatlicher Beschäftigungsbauer 30 Mark, nach 6 bis 12 Monaten 40 Mark und länger 50 Mark. Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen erhalten 10 Mark weniger. Die Auszahlung dieser Feriengelder ist spätestens bei der zweiten Lohnzahlung zu erledigen.

Die Entscheidung über die Lehnfrage ist so geregelt worden, daß sie im 1. Jahre ein zwölftel, im zweiten ein achtes, im 3. ein viertes und im 4. die Hälfte des kontraktlichen Mindestlohnes erhalten. Strittig sind nun nur noch nebenfachliche Fragen, wie Betriebsarbeiter, Dauer der Lehnzeit usw., die durch den Schiedsspruch eines Unparteiischen geregelt werden. Kollege Dittlich erklärte, daß die Verwaltung von dem Resultat der Verhandlungen nicht voll befriedigt ist, daß aber den Kollegen nun zu empfehlen sei, die Arbeit wieder aufzunehmen, da doch vor allem nun erreicht sei, daß ein Reichstarif zustande gekommen ist.

Nach eingehender Aussprache wurde eine geheime Abstimmung vorgenommen, an der sich 1027 Kollegen beteiligten. Von diesen stimmten 650 für Aufnahme der Arbeit und 357 dagegen, 5 Stimmen waren unglücklich und 6 Settel waren unbeschrieben.

Damit ist der nahezu vier Wochen währende Streik beendet. Die Arbeit wird am Mittwoch früh wieder aufgenommen. Nachregelungen darüber nicht stattfinden.

Rein Fleischerstreik.

Durch die bürgerliche Presse geht die Nachricht, daß die Fleischerstreikenden beabsichtigen, in einen Streik einzutreten. Wie uns der Zentralverband der Fleischerstreikenden mitteilt, sind 90 Prozent der Fleischerstreikenden in ihm organisiert und denken gar nicht daran, in einen Streik einzutreten. Die Mitteilung ist dem bürgerlichen Blättern bewusst. Lediglich eine Forderung der öffentlichen Meinung ist die Erhöhung der Fleischpreise und werden die Nachrichten von einem drohenden Streik infolge Lohnherabsetzung, um erhöhte Preise fordern zu können. Tatsächlich ist von einem beschlossenen Streik keine Rede.

Beseitigung des Stadt-Elektrizitätswerkes

Um der Ansicht der Bevölkerung, daß an der bestehenden Straßenbahnstation das städtische Elektrizitätswerk sein soll, gestützt auf das Gesetz entgegenzutreten, habe der Magistrat beantragt, daß die hiesigen Tageszeitungen sich selbst von den vielen Schwierigkeiten überzeugen sollten, mit denen das Werk während zu kämpfen hat. Die Betriebsleiter des Werkes sind bei einer Sitzung der Pressevertreter am Sonntag

